

Der **LINKE** Landbote

Extrablatt

Landkreis Rotenburg, August 2010

„Arbeit muss sich wieder lohnen“

Fünf Jahre Hartz-IV waren ein voller Erfolg: Deutschland wird Billiglohnland, „working poor“ Staatsprogramm und Armut „normal“!



Leistungsträger



auch Leistungsträger

Pünktlich zum Jahrestag der Hartz-IV-Gesetzgebung wurde Anfang des Jahres 2010 in der Nation Bilanz gezogen – und die fiel zwiespältig aus: Angeregt durch das Verfassungsgerichts-Urteil vom 9.2.10, das Teile der Regelungen verwarf, meldete die Politik Verbesserungsbedarf an und die Öffentlichkeit stimmte ihr in großen Teilen dabei zu: zu viele rechtliche Einsprüche, zu kompliziert, zu lasch, keiner blickt mehr durch, zu teuer, zu ineffizient, unwürdig usw. usf. Doch so *richtig* in Atem hielt die Republik dann letztlich der Außenminister mit seiner Warnung, dass dem Volke keinesfalls „anstrengungsloser Wohlstand“ versprochen werden dürfe. Das wiederum wollte man ihm in dieser Schärfe dann auch nicht so durchgehen lassen: Das Leben mit Hartz-IV-Bezügen – ein „*altrömisch-dekadentes*“ Zuckerschlecken? Hohe Zeit also für beißende Ironie und kritische Fragen an den FDP-Vorsitzenden: Pauschale

Verunglimpfung der Unterschicht, die es in der Krise sowieso schwer genug hat, das geht *so* nicht. Außerdem wurde von kritischen Teilen der Bevölkerung sofort moniert, dass Westerwelle mit den „provokanten Äußerungen“ nur seine schlechten Umfragewerte aufpeppen wolle. Zudem würde er die Bevölkerung spalten, statt sie zu einen. Die öffentliche Zurechtweisung des Außenministers durch die Kanzlerin: „*Das sind nicht meine Worte.*“, hat die moralisch erhitzten Gemüter dann wieder einigermaßen zufrieden gestellt und die Debatte erst einmal beendet. So weit, so gut.

Dabei ist durch den *Verlauf* der Debatte das *Anliegen*, weswegen sie *eigentlich* initiiert und geführt wurde, verschüttet worden. Diese in weiten Zügen ekelhafte Auseinandersetzung war im Kern erstens eine Bilanz über die „tiefgreifendste Sozialreform der letzten Jahrzehnte“ und ihre Bedeutung fürs

Arbeiten und Leben in dieser Republik. Und zweitens ging es dabei um die *Reformperspektiven*, mit denen die schwarz-gelbe Regierung an die sozialpolitischen Leistungen ihrer Vorgängerregierungen anknüpfen will. Dem Inhalt nach war die „Sozialneiddebatte“ des Frühjahres eine Auseinandersetzung um die *strategische Neuausrichtung künftiger Sozial- und Arbeitsmarktpolitik*. Das ging durch die Art und Weise, in der diese Debatte geführt wurde, einfach unter. Deshalb wollen wir an dieser Stelle ein Resümee ziehen und aufzeigen, welche Konsequenzen die Politik aus der Sozialneiddebatte des Frühjahres 2010 gezogen hat. Denn die haben es in sich. Und da das, was Anfang des Jahres von *OBEN* als regelrechte Schlammschlacht und Hetze initiiert wurde - bis hin zum blanken Zynismus - werden wir uns in diesem Artikel die eine oder andere Polemik nicht verkneifen.



Dekadenz

Die Agenda 2010 war ein Erfolg. Die Arbeitskosten sind gesunken, die Arbeiter wurden flexibler gemacht, „atypische Arbeitsverhältnisse“ nehmen stark zu

Die Bilanz des Wirkens der vier „Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, die den Namen des Ex-VW-Personalchefs und verurteilten Verbrechers Peter Hartz tragen, und den Kern der Agenda 2010 bilden, fällt für die Politik *einerseits* überzeugend aus: In Deutschland ist die Verfügung über Arbeit zum Zwecke der Geldvermehrung der Benutzer der Arbeitskräfte *deutlich billiger* geworden, und die Verfügung über sie wurde von so gut wie allen *lästigen sozialpolitischen Schranken* befreit: Wer will und kann, darf Arbeiter zu fast jedem Preis anheuern, so lang oder kurz, wie er es gerade braucht. Lohnabhängige dürfen verliehen, geringfügig oder mit nahezu unbeschränkter Überarbeit, als Tagelöhner usw. beschäftigt werden. Dies wurde durch die „Agenda 2010“ hoch-offiziell ins Recht gesetzt. So wurde diese auch vor der Verabschiedung der „Agenda 2010“ schon gängige Praxis des rabiaten Umgangs mit Lohnarbeitern vom Ruch illegaler Ausbeutung befreit. Das ganze funktioniert deshalb so prächtig, weil sich überreichlich Menschen finden, die sich all das bieten lassen *müssen*.

Zu verdanken haben die *Benutzer von Arbeit*, die *Arbeitgeber(?)*, diese für sie geradezu paradiesischen Zustände im wesentlichen zwei Faktoren. Zum einen der eigenen Erpressungsmacht die sich allein daraus ergibt, dass sie als Unternehmer Eigentümer der Arbeitsplätze sind, auf die die Masse der Menschen hierzulande so elementar angewiesen ist, weil sie nur durch Lohnarbeit ein Einkommen für ihren Lebensunterhalt

privaten Erpressungsmacht widmete. Aus der Massenarbeitslosigkeit, die die Unternehmer durch ihre Investitionen in Lohn(-arbeiter) sparende Rationalisierungsausgaben in *ihre* Produktionsanlagen produziert haben, zog

werden – durch ein Billigangebot an die Unternehmer, die dieses seither, vom Handwerker bis hinauf zum multinationalen Konzern, weidlich nutzen. So sehr, dass Kanzler Schröder nicht ohne Stolz schon

spätromische Villensiedlung



die Politik nämlich den einen sinnigen und konsequenten Schluss: Wenn Millionen Menschen *dauerhaft* marktwirtschaftlich überflüssig sind, muss das an „Beschäftigungshindernissen“ liegen, die man auf den „zu teuren“ Sozialstaat, also auf Leistungsansprüche von alten, kranken oder arbeitslosen Versicherten, eine „verkrustete, überregulierte“ staatliche Geschäftsordnung des Arbeitsmarkts und die Höhe der Kosten des „Faktors Arbeit“ zurückführte. Kurz: „Der Lohn ist zu hoch, die Leute sind nicht flexibel genug, Investitionen rentieren sich nicht genügend.“

Wenn in Deutschland rentabler gearbeitet werden soll, so die Konsequenz, muss Arbeit billiger und freier verfügbar werden! So lautete das vorwärtsweisende Credo der damaligen Sozialpolitiker, die mit zahllosen „Strukturreformen“ nicht nur die Lohn-

2005 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos damit für den deutschen Standort warb:

„Wir haben einen der besten Niedriglohnssektoren aufgebaut, den es in Europa gibt!“ –

Dieser Niedriglohnsektor ist dank der „Hartz-Reformen“, der Krönung von Schröders und Fischers Sozialstaatsrenovierung, umfassend ins Werk gesetzt worden. Seither wird dieses edle Reformwerk nicht nur von uns als „Armut per Gesetz“ geißelt – und das zu recht!

Hartz IV: Armut per Gesetz

Den innovativen Regierenden gelang mit der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, die bundesdeutsche Gesellschaft um einen neuen Typus von Elendsgestalt, angesiedelt irgendwo zwischen Arbeitslosigkeit und Erwerbsarbeit, zu bereichern: einerseits arbeitslos ohne Aussicht auf reguläre Beschäftigung, andererseits sozialpolitisch auch noch nicht endgültig abgeschlossen.

Arbeitsfähigen Arbeitslosen zeichnet die neue Hartz-Gesetzgebung einen geradezu beeindruckend flotten Karriereabsturz vor: Nach etwa einem Jahr Arbeitslosigkeit ist das Arbeitslosengeld I zu Ende. Dann ist Schluss mit der Zahlung von *Lohnersatzleistungen* (einem festgelegten Prozentsatz vom bisherigen Lohn) und der damit verknüpften „Perspektive“ und naiven Hoffnung auf eine Neuanstellung, die in Sachen Geld und Qualifikation *ungefähr* der bisherigen entspricht. Der Staat entschied unter Schröders Ägide, dass aus diesem Menschen kein regulär Beschäftigter mehr wird und stürzte die nunmehr zu *Langzeitarbeitslosen* erklärten in eine neue sozialstaatliche Welt: Sie *forderte* den weitgehenden Verzehr des Privatvermögens, ehe man als „Kunde“ der



**keine Leistungsträger
zu geringes Einkommen**

erzielen können. Mit der Schaffung eines Millionenheeres von Arbeitslosen konnten sie diese *Erpressungsmacht* immer weiter *steigern*. Und zweitens Schröders rotgrüner Reformmannschaft, die ihr Tun der *Entfaltung* dieser

nebenkosten senkten, sondern darüber *neuen Lohnarbeitsformen*, wie *Leib- und Zeitarbeit*, *Minijobs*, *Kombilohn* etc., zum endgültigen Durchbruch verhalf. Schließlich sollte die Freiheit kapitalistischer Kalkulation *entfesselt*

Arbeitsagentur ein staatlich definiertes Existenzminimum gewährt bekommt. Allerdings nicht einfach so: Quasi als Gratisgabe erhält der „Kunde“ auch die „Förderung“ von Beschäftigung – dies die höfliche Umschreibung für den staatlichen Zwang, jede Arbeit und Umschulung anzunehmen, die vom Fallmanager „angeboten“ wird. Fällt dabei ein „Hinzuverdienst“ an, „darf“ der Hartz-IV-Empfänger mit ihm dazu beitragen, die staatlichen Unkosten für den Erhalt seiner kapitalistisch überflüssigen Person zu senken. Der Staat zieht den „Hinzuverdienst“ vom Regelsatz der Grundversorgung ab. Als Würdigung und Motivation für seine gute Tat darf der Hinzuverdiener etwas vom Verdienten behalten; die einzige ihm zugestandene Möglichkeit, sich aus dem Leben unter Regelsätzen einen Finger breit herauszuarbeiten. Diese sinnreiche Kombination von „Fordern und Fördern“ stellt das stehende Millionenheer der Hartz-IV-Empfänger in

den neuen Status irgendwo zwischen Arbeitslosigkeit, Arbeitszwang und -gelegenheit, worin es einen tatsächlich nützlichen Dienst verrichtet. Es erlaubt Kapitalisten aller Couleur eine aussichtsreich erpresserische Kalkulation: Man tritt staatlich drangsalierten Arbeitslosen gegenüber, denen jede Kalkulation in Sachen Bezahlung verboten ist, und bezahlt dementsprechend; so wenig wie möglich – was auch sonst. Und so reißen alle möglichen Formen von Billigbeschäftigung ein; der Staat selbst geht mit gutem Beispiel voran, exerziert mit kommunalen 1-Euro-Jobs vor, wie er sein Zwangsregime meint, und dass auch schäbigste Bezahlung weder den Geber noch den Nehmer von Arbeit „schändet“, sondern für letztere sogar noch eine Leistung an deren ramponierten Selbstwertgefühl darstellt.

Leute zu elenden Bedingungen für ein paar Euro die Stunde anstellen, das haben einzelne Arbeitgeber auch schon vor Hartz-IV betrieben. Ab Januar 2005, wo von Staats

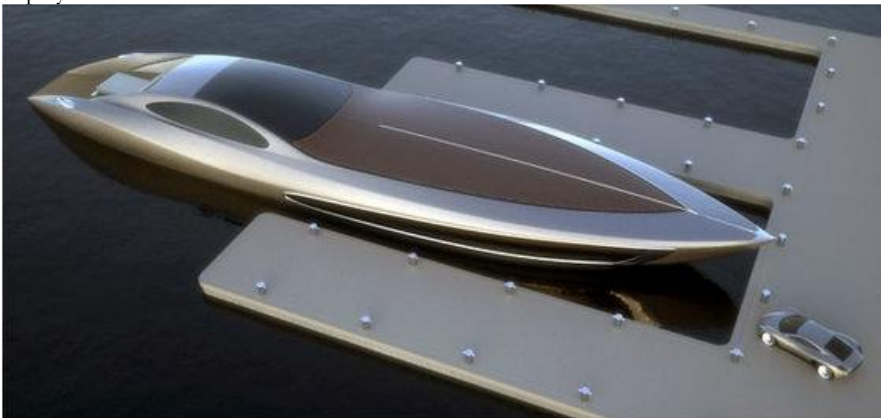
wegen massenhaft Leute existieren, die zu jedem Preis arbeiten müssen, wurde dieses vornehme Geschäft in einem der „reichsten Länder der Welt“ allgemeine Übung; Seither schaffen zahllose Gewerbetreibende nicht nur neue Unternehmungen, für deren Wachstum sie sich von vornerein auf dem neuen Hartz-IV-Arbeitsmarkt bedienen und mit dessen Billigware kalkulieren. Als findige Nutznießer der staatlichen Freiheiten sorgen sie auf noch andere Art für eine schlagartige Vermehrung derartiger Arbeitsverhältnisse: Sie entlassen Stammbesellschaften, um sie in neu gegründeten Subunternehmen billiger wieder einzustellen; sie ziehen neue Abteilungen mit neuem Billigpersonal hoch usw. Dergestalt wandeln sie haufenweise reguläre Beschäftigung in niedriger bezahlte um, sodass darüber neue Billiglohn-Branchen entstehen, deren Dienstleistungen wiederum mittelbar bei allen kapitalistischen Unternehmen kostensenkend wirken. So holt man mieseste Arbeit ohne Lohngrenze nach unten endgültig aus der „Schmuddelecke“ der bundesdeutschen Gesellschaft. Dass das Auswirkungen auf alle Branchen und das gesamtgesellschaftliche Lohnniveau hat, bemerken derzeit auch Leute, die sich so etwas vor 5 Jahren bestimmt noch nicht vorstellen konnten oder wollten.

Beispiele Luxusbedürfnisse

Nicht um Sozialneid zu schüren, sondern um den Lesern einmal den Irrsinn vor Augen zu führen, dass in dieser vernünftigsten aller Wirtschaftsformen die Einen von 350 Euro leben müssen, während für andere auch noch die absurdesten Bedürfnisse befriedigt werden, darum haben wir als Kontrast dieses Kästchen eingefügt. Jedes Bedürfnis wird befriedigt, sofern es ein kaufkräftiges ist. Die elementarsten Bedürfnisse bleiben hingegen auf der Strecke, wenn kein Geld dahinter steht. Bedürfnis und zahlungsfähiges Bedürfnis sind im Kapitalismus praktisch ein und dasselbe.

Die teuerste Fähre der Welt

Vargön (Schweden), 10. Juni 2010 - Sie haben ein Wohnmobil mit eingebauter Garage? Ganz nett, doch nichts im Vergleich mit dem, was der schwedische Designer Eduard Gray mit der Strand Craft 122 auf die Beine stellt: Hinter dem nüchternen Namen verbirgt sich eine Superyacht mit einem elitären Extra an Bord.



Unglaubliches Design

Bereits äußerlich macht das 38 Meter lange und 120 Tonnen schwere Boot ordentlich was her. Das elegante Design soll einen Eindruck von dem vermitteln, was unter der aufregenden Hülle steckt. Zwei MTU-Motoren mit insgesamt 9.220 PS schieben die Strand Craft 122 mit bis zu 43 Knoten, rund 80 km/h, über das Wasser. Wer mehr Leistung möchte, kann zusätzliche 5.100 PS ordern. Mit den dann über 14.000 Pferdestärken an Bord sind 55 Knoten, umgerechnet 102 km/h, möglich. Im Innern der Yacht herrscht Luxus pur. Unter anderem gibt es vier herrschaftliche Zimmer mit einem Interieur im Art-Deco-Stil. Alle Räumlichkeiten sind mit 52-Zoll-Fernsehern und Soundsystemen von Bang&Olufsen ausgestattet.

Highlight im Heck

Das absolute Highlight ist jedoch ein Supersportwagen namens Tender, der in der Yacht parkt. Das Beiboot für die Straße wird von einem V12-Turbobenziner mit 880 PS angetrieben und erreicht eine Spitze von 375 km/h. Interessenten sollten 20,5 Millionen Euro parat haben und sich beeilen: Von dem Traumschiff sollen sechs Exemplare gebaut werden.

Von Niedriglohnsektoren zum Niedriglohnland

So weit, so schlecht: Deutschland hat 2010 nicht nur einen Niedriglohn-Sektor, es ist ein veritables, hochmodernes Niedriglohn-Land geworden: Hungerlöhne in manchen Branchen und der Druck der Arbeitslosen wirken segensreich auf das nationale Lohnniveau insgesamt, sodass Hightech-Kapitalproduktivität, billige Löhne und alle Freiheiten im Umgang mit der Arbeitskraft, die man vormals mit dem Unwort „Manchester“ zu titulieren pflegte, in schönster Koexistenz leben. Aus den Verheißungen, welche mit der Etablierung der Hartz-Gesetze dem (arbeitslosen) Volk verabreicht wurden, ist etwas geworden; allerdings wohl etwas anderes, als die Betroffenen, die auf eine Rückkehr in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt setzten, sich erhofft haben: Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen ist von etwa 5 auf 3,5 Millionen gesunken. Die Zahl der Bedürftigen, die auf staatliche Grundversicherung nach Hartz-IV angewiesen sind, hat dabei aber nicht abgenommen, im Gegenteil: Heute arbeiten Millionen in Beschäftigungsverhältnissen, deren gemeinsamer Nenner die systematische Trennung des Lohnes von seiner Funktion ist, seinem Bezieher einen Lebensunterhalt zu gewähren. Sie bilden den neuen, sozialpolitisch anerkannten Stand der arbeitenden Armen, der „working poor“:

„Die rasant wachsende Zahl von Menschen, die zu Niedriglöhnen arbeiten, sei alarmierend, und fordere zum Handeln auf, so der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, Dietmar Muscheid, in Mainz. Nach einer aktuellen Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) ist die Anzahl der Geringverdiener in Deutschland innerhalb eines Jahrzehnts von 15% auf 22% gestiegen. Damit liegt Deutschland nach den USA (25%) auf Rang zwei vor Großbritannien (21%), den Niederlanden (17%), Frankreich (11%) und Dänemark (8%).“ (DGB-West 2008(!))

Einen weiteren Beleg für den Erfolg der Agenda 2010 in Sachen Senkung des nationalen Lohnniveaus ist der neuesten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zu entnehmen:

„Im Jahr 2009 hatten 61,5 Prozent der Menschen mittlere Nettoeinkommen zwischen 860(!) und 1844 Euro, so DIW-Experte Jan Goebel. Im Jahr 2000 waren es 66,5 Prozent. Der Anteil der niedrigen Einkommen stieg im Gegenzug von 17,8 auf 21,7%...in der unteren Gruppe ging er (der Verdienst) für einen Singlehaushalt von 680 auf 645 Euro zurück.“ (BrVZ, 16.6.10)

Da haben die rotgrün-schwarzgelben Sozialstaatsreformer wirklich ganze Arbeit geleistet! Ehre, wem Ehre gebührt. Das mittlere Einkommen eines Mittelschichtlers beträgt derzeit ziemlich genau 1200 Euro. Das ist „Mittelschicht“ heute.

Die Ermüchterung: Statt den Staat zu entlasten und Geld in die Staatskasse zu spülen, kostet die Senkung des Lohnniveaus viel Geld. Also herrscht neuer Reformbedarf!

Zufrieden sind die politisch Verantwortlichen im Zieljahr der Agenda 2010 mit ihrer Reform dennoch nicht – und zwar wegen ihres Erfolgs. Vor fünf Jahren hat man eine *abschreckend niedrige Grundsicherung* eingeführt, um die Arbeitslosen zu zwingen, sich *ingendeine* Arbeit zu suchen; und man ist davon ausgegangen, dass diejenigen, die Arbeit finden, *aufhören* „Kunden“ der Arbeitsagentur zu sein; und dass diejenigen, die keine richtige Anstellung finden und auf Hartz-IV angewiesen bleiben, mit ihren hinzuverdienten Euros die Unkosten *senken* helfen, die *ihr Leben dem Staat verursacht*.

Dank des etablierten Niedriglohnsektors, der dafür gesorgt hat, dass massenhaft Menschen Lohn oder Gehalt kaum über Sozialhilfeniveau beziehen, erscheint den politisch Verantwortlichen die Trennung zwischen Arbeitslosen, die Unterstützung brauchen, und „Arbeitsplatzbesitzern“, die Steuern zahlen, inzwischen überholt. Wichtig ist, dass Arbeitende dem Staat keine Kosten mehr verursachen. Der Staat leidet an den Kosten der Armut und nicht etwa die Armen an ihrer Not! *Daber* ist für die Regierenden auch das bisherige „Anreiz-



Gigantisches Geschenk

New York (USA), 15. Juni 2010 - Schicke Anzüge, noble Uhren: Der US-Musikproduzent und -Rapper Sean Combs alias Diddy, vormals P. Diddy respektive Puff Daddy, pflegt einen teuren Geschmack.



Abgefahrenes Geburtstagspräsent

Anlass war der 16. Geburtstag von Diddys Sohn Justin. Vergleichbar ist dieses für USKids wichtige Ereignis mit dem 18. Geburtstag in Deutschland, in beiden Fällen gibt es den ersehnten Autoführerschein. Doch während es in den meisten Fällen von Papi einen kleinen finanziellen Zuschuss zum "Lappen" gibt, langt Diddy in die Vollen: Der Junior durfte sich über einen 550 PS starken Maybach 57 freuen, Listenpreis hierzulande 405.671 Euro.

system“, mit dem die Agentur ihre „Kunden“ zur Aufnahme von Arbeit „motiviert“, mittlerweile kontraproduktiv und korrekturbedürftig:

„Der Koalitionsvertrag sieht eine deutliche Verbesserung der sog. ‚Hinzuerdienstregelungen‘ in der Grundsicherung für Arbeitsuchende vor, um den Anreiz zur Aufnahme einer voll sozialversicherungs-pflichtigen Beschäftigung zu erhöhen. Ziel ist es zu verhindern, dass sich Langzeitarbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung zufrieden geben und in Minijobs verharren. Die Hinzuerdienstgrenzen sollen so gestaltet werden, dass sie stärker zu einer Vollzeitbeschäftigung motivieren.“

(Kabinettsvorlage, FAZ, 21.4.10)

Die *noch* gültigen Hinzuerdienstregelungen gehen davon aus, dass die Grundsicherung mit ihren 350 Euro plus Wohngeld für nicht oder kaum beschäftigte Arbeitnehmer das passende Maß des Lebensunterhalts ist, dass „richtig“ beschäftigte dagegen viel mehr verdienen und auf eigenen Füßen stehen. Hartz-IV-Empfänger dürfen von einem Dazuerdient die ersten 100 hinzuverdienten Euros anrechnungsfrei behalten, danach müssen sie von jedem verdienten Euro 80% bei der Behörde abliefern. Vom Lohn, der über 400Euro hinausgeht, müssen sie *mehr* abgeben (90%), weil sie ja schon die Grundsicherung und obendrein ihr selbst verdientes Taschengeld beziehen.

Diese Abstufung wird jetzt als „Beschäftigungshindernis“ ins Visier genommen: Man habe, heißt es, die Annahme von Minijobs belohnt; die Aufnahme von mehr Arbeit bis hin zu Vollzeitstellen aber bestraft, weil der Mensch nicht oder kaum über die Grundsicherung hinauskommt, wenn er den größten Teil des Verdienten bei der Staatskasse abliefern muss bzw. von seiner Sozialhilfe abgezogen bekommt. Vorbei ist eben

die Zeit, wo so etwas Vollzeit-Beschäftigte nicht weiter stören musste, da ihr Lohn sowieso viel höher war als diese Hungerlöhne und man sich gerne aus der Sozialhilfe verabschiedete: *Mehr als das Grundsicherungsniveau wird in vielen Branchen auch für die volle Arbeitswoche mittlerweile sowieso nicht mehr bezahlt. Der durchschnittliche Normallohn tendiert sukzessive in Richtung Grundsicherungsniveau.* Daran soll jetzt etwas geändert werden. Aber freilich nicht zugunsten des so mühsam runterregierten Lohnniveaus. Im Gegenteil.

„Mehr Netto vom Brutto“ ganz unten

Die Bedenken des damaligen Arbeitsminister Müntefering, dass Leute, die mehr oder weniger Vollzeit arbeiten, von dem Arbeitsentgelt, ihrem Lohn oder Gehalt aber nicht existieren können, *dennoch* „Anspruch auf ergänzende Leistungen“ nach Sozialgesetzbuch II haben sollten, gelten mittlerweile als überholt. Damals entdeckte Mün-te, dass fortwährend „Missbrauch“ durch die Damen und Herren Unternehmer betrieben wurde. Die haben ihre Arbeitskräfte zwar regulär benutzt, aber eben unterhalb der Schwelle sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und damit die *Kosten* für deren Lebensunterhalt größtenteils beim Staat abgeladen. Daraufhin forderte er, solche „Mitnahmeeffekte“ nicht zu dulden und Vollzeit-Beschäftigung unterhalb eines Mindestlohn-niveaus, etwa 800 Euro Netto schwebte den Sozialdemokraten damals vor, zu unterbinden. Die schwarz-gelbe Regierung hat das nie so gesehen. Damit würden die Flexibilisierungseffekte der Ware Arbeitskraft behindert und den Unternehmern Investitionsanreize genommen. Stattdessen propagieren die christlich-liberalen Herrschaffen jetzt vielmehr einen weiteren sozialpolitischen „Paradigmenwechsel“: Sie *verabschieden* den *Arbeitslosen* als entscheidende

Problemfigur der Arbeitsmarktpolitik und dessen Vermittlung in Arbeit als *die* entscheidende Aufgabe. An Stelle der Arbeitslosen küren sie nunmehr den neuen Berufsstand der „Aufstocker“ einerseits *zum Sorgobjekt* und *gleichzeitig(!)* zur neuen *Leifigur*. Nach Auffassung der CDU/FDP Regierung geht es den Menschen mit ihren 350 Euro Grundsicherung noch *viel zu gut*. So *viel* „sicheres“ Geld (zu dem „Sicher“ ersparen wir uns die Dokumentation der hunderttausendfachen Kürzungen und Streichungen des ALG II durch die Arbeitsagenturen) wirkt sich hemmend auf die „Motivation“ aus. Ergo müssen den Leuten ihre Flausen im Kopf bezüglich einer Grundsicherung auf niedrigstem Niveau erst einmal gründlich zurecht gerückt werden:

„Langzeitarbeitslose müssen von der Vorstellung loskommen: ‚Ich habe Hartz IV und verdiene was dazu.‘ Stattdessen muss es einen Anreiz geben zu sagen: ‚Ich verdiene so gut es geht, und wenn es nicht reicht, dann zahlt die Gemeinschaft was dazu.‘“¹

(Arbeitsministerin von der Leyen, SZ, 14.1.)

Diese kurze, fast lapidare Aussage beinhaltet das ganze neue Programm der derzeitigen Regierung im Sektor Arbeitsmarkt und Hartz IV! Denn die Arbeitsministerin belehrt damit erst einmal vor allem *ihresgleichen* darüber, von welchen „Vorstellungen“ die Politik selbst „loskommen“ will und muss: Zuerst von *der* Vorstellung, man muss vom Arbeitslohn irgendwie doch auch *leben* können; das ist, auch dem Wirtschaftsweisen Hans Werner Sinn vom Münchner IFO-Institut zufolge, eine rückwärtsgewandte, rundum „dumme Idee“. Zweitens muss die Politik davon *loskommen*, die Arbeitslosen zu versorgen und zu verwalten; *das Durchfüttern von Überzähligen ist eine unproduktive Verschwendung von Staatsgeldern*. Stattdessen ist es Aufgabe der Politik *rentable*, also *billige Lohnarbeit zu mobilisieren*; irgendeine(!) Anwendung, wenn Arbeit nur billig genug ist, wird sich schon finden, so ihr Dogma. Und das kleine Problem, dass von solcher Arbeit kein Mensch mehr leben *kann*, „bewältigt“ die Politik mit einer Kombination aus privat gezahltem Lohn und öffentlicher Sozialhilfe. Im Klartext: Die Grundsicherung kann ruhig noch ein wenig gesenkt werden. Der *potentielle* Zuverdienst soll demgegenüber ein paar Euro mehr betragen dürfen, ehe der Staat Abzüge daran vornimmt. Das schafft „Motivation“.

Natürlich verklickern Politiker die geplante Reform den Betroffenen als großartigen

Dienst an ihnen. Sie wissen um die Qualität ihres Armutsregimes und die Millionen armer Schlucker, die „von der Stütze wegkommen wollen“ und dafür jedes staatliche und private Angebot annehmen. *So* gesehen ist es ein großzügiges Angebot an die *working poor*, dass sie mehr arbeiten und vom Verdienten etwas mehr behalten dürfen, ohne dass ihnen das Verdiente vom Jobcenter gleich wieder weggenommen wird. Der Spruch, mit dem Sozialpolitiker ihre Initiative verkaufen – „Arbeit muss sich wieder lohnen!“ –, offenbart den Zynismus ihrer „Fürsorglichkeit“. Arbeit, die sich für den Arbeitenden noch nicht einmal in dem trostlosen Sinn lohnt, dass sie ein Existenz-*minimum* abwerfen würde, lohnt sich dadurch, dass das resultierende Kombi-Einkommen bei *irgendeinem* Betrag über der Hartz-IV-Grundsicherung liegt. Zumindes ist das ihr Ideal. Dass auch das eine „echte Hilfe“ ist, lassen sich Presse und TV von ausgesuchten Musterexemplaren des neuen sozialstaatlichen Leitbilds bezeugen: Sie zerren arme Wichte, die genötigt und bereit

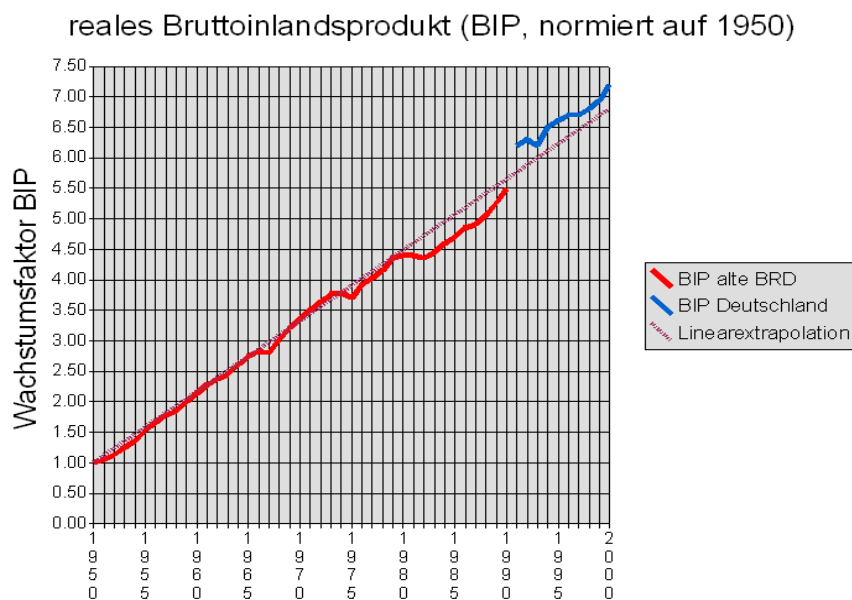
sind zu „Nehme jede Arbeit“, ans Licht der Öffentlichkeit, animieren sie dazu, das Vorurteil, sie seien faul, zu dementieren und ihre ganze Ehre in die Versicherung zu legen, und dass es ihnen das Wichtigste Bedürfnis ist, überhaupt arbeiten zu *dürfen*. Mit dem geplanten *Sozialstaats-Kombilohn* könnten sie es sich besser leisten, für einen Hungerlohn zu arbeiten und dennoch zu *überleben*. Von einem guten Leben als Ideal hat das Volk sowieso schon Abstand genommen. Schöne neue Welt.

Es ist vollbracht: working poor ist normal

Dass darüber weder die Arbeitslosigkeit verschwindet noch der Kreis von Grundsicherungsberechtigten kleiner wird, ist absehbar. Aber darum geht es auch nicht: Die schwarz-gelbe Regierung baut den *Niedriglohnssektor* aus und macht ihn zu einem *Teil der geregelt deutschen Normalität*, wenn sie auf *ihre* Weise dafür sorgt, dass „Arbeit sich wieder lohnt“:

Zum Vergleich

In der Sozialneiddebatte dieses Frühjahres, die von J.B. Kerner und anderen Typen noch gelegentlich bei Bedarf befeuert wird, war Armut und dessen gerechte Aufteilung Maßstab der Debatte. Arbeiter, die bei aller Schufferei im Leben zu nichts gescheiten kommen werden auf arbeitslose Habenichtse gehetzt. Da Mangel und Elend aber gerade nicht kennzeichnend für diese führende erfolgreiche kapitalistische Exportnation sind, wollen wir einmal den REICHTUM dieser Nation als Maßstab einführen und hernehmen. Wenn man schon vergleichen statt zu erklären, dann sollten *wenigstens* sinnvolle Größen in ein Verhältnis gesetzt werden. Als Indikator des gesellschaftlichen Reichtums dieser Nation wählen wir das Bruttoinlandsprodukt und seine Entwicklung.



„Das BIP ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum. Die Veränderungsrate des realen BIP dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum der Volkswirtschaften. Das BIP gilt damit als die wichtigste Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.“ (Definition Wikipedia)

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts (inflationsbereinigt) der Bundesrepublik Deutschland von 1950-2009:

1950 – 49,69 Mrd. Euro	1990 – 1415,80 Mrd. Euro
1960 – 154,77 Mrd. Euro	2000 – 2062,50 Mrd. Euro
1970 – 360,60 Mrd. Euro	2009 – 2409,10 Mrd. Euro
1980 – 788,52 Mrd. Euro	

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde in Deutschland von 1991 bis 2006 (15 Jahre!) um 32,4% gestiegen. Im Zeitraum von 1960-1973 ist die Arbeitsproduktivität jährlich sogar um 4,70% gestiegen. Im genannten Zeitraum also um 55%!

¹ „Die Gemeinschaft“ meint „Der Staat“. Mit dieser falschen Abstraktion werden Staatsinteressen zu Gemeinschaftsinteressen umgedichtet. Nicht dumm! Dieser Trick funktioniert ebenso beim Begriff „Die Wirtschaft“ hervorragend. Die ist in dieser Terminologie eine einzige uneigennütige Versorgungsveranstaltung für „uns alle“.

- Für die Unternehmer: Denen wird ein weiterer Teil der *Kosten* für die Verfügbarkeit ihrer Arbeitskräfte abgenommen; sie haben einen schönen Anreiz, mehr *solche* Arbeitsplätze anzubieten.
- Für die arbeitenden Armen: Denen macht die Staatsgewalt einen unhaltbaren Lebensunterhalt auf niedrigstem Niveau „haltbar“; sie können und müssen (noch) mehr solche Arbeitsangebote annehmen. Jegliche Nutzenerwägung ist ihnen komplett untersagt. Ihr freier Wille existiert in dieser Abteilung nur noch als juristische Kategorie.
- Und für den Staat: Der *senkt* den nationalen Preis der Arbeit und *stärkt* damit eine entscheidende Standortqualität und Wachstumsbedingung.

Dafür will die Arbeitsministerin trotz der derzeitigen Streichungsorgie im Sozialetat auch in Krisenzeiten etwas Geld in die Hand nehmen: Das Wachstum des Niedriglohnssektors voranzutreiben ist nicht Teil des derzeitigen Sparprogramms. Es *kostet Geld*, das sich ein Staat leisten können muss. Geld, das allerdings auch gut angelegt ist – für eine *Standortvorteil* im internationalen Vergleich der Arbeitslöhne. Und die hat bislang schon so gut gewirkt, dass ein Mitglied der französischen Regierung den deutschen Staat wegen

seiner Dumpinglohnpolitik auf Kosten Frankreichs kritisierte.

Dass diese Lohnsenkungspolitik einschneidende Folgen hat, die *weit* über den Bereich des „klassischen“ Niedriglohnssektors hinausgeht, also den sog. „Normallohnsektor“ erheblich tangiert, *das* werden noch viele derzeitige Durchschnittsverdiener deutlich zu spüren bekommen. Und, dass sie eben nur Lohnabhängige sind.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zum Existenzminimum: Die Norm der Armut – höchst richterlich

In einer Gesellschaft die wahlweise als Freizeit-, Spaß-, Konsum- oder Überflusgesellschaft bezeichnet wird, in der es Berge, Seen und Halden von Gütern jedweder Art gibt, in der man in Fernseh-, Funk- und Printmedien mit Werbung überflutet wird, in der Heerscharen von Werbefuzzis nur damit befasst sind, neue Bedürfnisse zu „wecken“ und zu überlegen, wie sie die ganzen Produkte an die *zahlungsfähige* Kundschaft bringen können, in der, je nach Rechnungsweise, 3,5, 5, oder 7 Millionen Leute arbeitslos, also von der Herstellung nützlicher Güter und Dienste rechtsförmig ausgeschlossen sind, in der „gesättigte Märkte“ ein ökonomischer Supergau sind,... kurz: in der der gesellschaftliche Reichtum

ein *Problem* darstellt, sich in solch einer Gesellschaft mit so etwas wie einem Existenzminimum überhaupt zu beschäftigen ist der Sache nach, vorsichtig formuliert, ein ziemlich schlechter „Scherz“.

Da es hier aber zuhauf Armut und Elend *gibt*, will so was in einem Rechtsstaat auch ordentlich und verbindlich geregelt sein. Deutschland ist eben keine Bananerepublik. Und genau das hat das Bundesverfassungsgericht im Februar diesen Jahres getan. Da das, was das BvG ins Urteil geschrieben hat, unserer Meinung nach erhellendes in sich birgt, bringen wir zwei Kernaussagen einmal auf den Punkt und kommentieren das Urteil ansonsten nicht weiter - obgleich noch einiges dazu zu sagen wäre.

Die erste Klarstellung ist, man hat das *Recht* zu existieren. Die zweite Klarstellung lautet, „die Würde des Menschen“ hat also ein Maß: 345 Euro plus Unterkunft:

„Die in den Ausgangsverfahren geltenden Regelleistungen von 345, 311 und 207 Euro können zur Sicherstellung eines menschenwürdigen Existenzminimums nicht als evident unzureichend angesehen werden. Für den Betrag der Regelleistung von 345 Euro kann eine evidente Unterschreitung nicht festgestellt werden, weil sie zur Sicherung der physischen Seite des Existenzminimums zumindest ausreicht und der Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers bei der sozialen Seite des Existenzminimums besonders weit ist.“

(BvG, 9.2.2010, Herv. d. V.)

Wer sich ausführliche und detaillierte Argumente von uns zu den oben kurz ausgeführten Zusammenhängen anhören möchte, ist zu folgender Veranstaltung eingeladen. Dort werden Logik, Grund und Zweck der ganzen Sozialstaatsreformen, die unter den Begriffen „Agenda 2010“ und „Hartz IV“ zu trauriger Berühmtheit gelangt sind, erklärt:

HARTZ IV

"WORKING POOR"

STANDORTPOLITIK

Der Zusammenhang von Wachstumspolitik und zunehmender Massenarmut

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit
Prof. Freerk Huisken

Datum: 16. September 2010

Zeit: 19 Uhr

Ort: Heimatmuseum Rotenburg

Burgstraße 2

- Eintritt frei -

Veranstalter:

DIE LINKE.

Rotenburg

Mitfahrgelegenheiten: 04761/70915

Info-Coupon

Bitte schicken Sie mir

Informationen über die DIE LINKE.

Ich möchte zum nächsten Treffen der LINKEN eingeladen werden.

Ich möchte den Monatsrundbrief des *Linken Landboten* erhalten

Folgende Themen interessieren mich besonders:

Informationen an mich bitte

per E-Mail per Post

Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Coupon einsenden an:

Klaus Heinbockel

Glinde 13

27432 Oerel

(Redaktion und V.i.S.d.P.)

Oder schreiben Sie uns eine Email an:

linkerlandbote@web.de